



Interpellation

betreffend **Aufhebung «Strom Grau»: Bevormundung und Machtmissbrauch**

eingereicht von: Marc Wäckerlin PP, Markus Reinhard namens der SVP-Fraktion

am: 20. Januar 2020

Anzahl Mitunterzeichnende: 11

Geschäftsnummer: 2020.4

Am 15.10.2019 schrieben die Stadtwerke ihren ca. 6500 Stromkunden, die das Produkt «Strom Grau» bezogen hatten, dass dieses nicht mehr geliefert würde und sie ohne Gegenwehr automatisch nicht in das nächst teurere Produkt «Strom Weiss», sondern in das um zwei Stufen teurere Produkt «Strom Bronze» umgeteilt würden. Von diesen 6500 wehrten sich 5000 und verlangten das naheliegendere Produkt «Strom Weiss». Da in der Schweiz Atomstrom ca. ein Drittel am Strommix ausmacht und nach geltender Gesetzeslage weiterhin Atomstrom produziert wird, verweigert der Stadtrat mit seinem Entscheid den Einwohnern von Winterthur Zugang zu einem Drittel des Schweizer Strommarktes.

Auch wenn eine Mehrheit der Bevölkerung mehr Klimaschutz will — wobei noch separat zu diskutieren ist, welche Rolle Atomkraftwerke in dem Punkt spielen — ist das noch lange kein Grund, Minderheiten zu unterdrücken, ihnen ihre freie Entscheidung zu verweigern und sie zu dem zu zwingen, was die vermeintliche Mehrheit will. Die Politik hat nicht die individuelle Entscheidungsfreiheit zu kollektivieren, sondern soll wenn schon eine gute Basisinfrastruktur bereitstellen. Sie soll Freiheit schützen, nicht beschneiden, wie es der Stadtrat hier tut. Besonders heikel ist es, da sich der Staat in der Energiewirtschaft eigenmächtig ein Monopol geschaffen hat und die Einwohner nicht zu einer besseren Konkurrenz wechseln können. Die Winterthurer sind nicht freiwillig, sondern unter Zwang Kunden der Stadtwerke. Hinzu kommt, solange in der Schweiz Atomkraftwerke betrieben werden, dass jeder Steuerzahler gezwungen ist, Kernkraft und deren Entsorgung mit zu subventionieren, ob er will oder nicht. Dadurch hat er ein moralisches Anrecht auf einen angemessenen Anteil am Nutzen.

Daher stellen sich die Fragen:

1. Welchen Stellenwert hat die Freiheit des Individuums, die Selbstbestimmung und freie persönliche Entscheidung jedes einzelnen Menschen im Handeln des Stadtrats, allgemein und auf diesen Fall angewendet?
2. Teilt der Stadtrat die Ansicht, dass Eingriffe in die persönliche Freiheit und Selbstbestimmung auf das absolut notwendige Minimum zu beschränken sind?
3. Ist für den Stadtrat alles, was legal ist auch moralisch richtig, oder teilt er die Ansicht, dass Zwang und Einschränkungen nur sehr dosiert und im Notfall angewendet werden sollten, auch wenn das Gesetz diese Möglichkeiten vorsieht?
4. Warum muss der Stadtrat die Bevölkerung in diesem Fall bevormunden? Warum ist es nicht möglich, den Menschen ihre freie Entscheidung zu lassen? Gibt es ausser politischem Opportunismus irgend einen objektiven und nachvollziehbaren Grund, warum das Produkt «Strom Grau» nicht weitergeführt werden kann?
5. Was stört den Stadtrat am mündigen Bürger, der eigenständig freie Entscheidungen trifft, auch wenn diese nicht dem aktuellen politischen Mainstream entsprechen? Ist er der Meinung, wir bräuchten eine Gesellschaft aus gleichgeschalteten Opportunisten? Fürchtet er gar Menschen mit abweichenden, nicht der gesellschaftlichen Norm entsprechenden Ansichten?
6. Welches konkrete Problem der Stadt Winterthur löst diese Einschränkung der Produktwahl, und ist sie sinnvoll, zielführend und angemessen? Inwiefern stehen Bevormundung und Ertrag in einem angemessenen Verhältnis?
7. Wie stellt sich der Stadtrat zum Problem, dass die Winterthurer Steuerzahler weiterhin Kernkraft mitfinanzieren müssen, ihnen aber ihr gerechter und angemessener Anteil am Nutzen verweigert wird?

Vorstoss-Rückseite Nr. 2020.4

eingesehen:	Mitunterzeichnende (X):	eingesehen:	Mitunterzeichnende (X):
✓	D. Altenbach (SP)	✓	T. Brütsch (SVP) X
✓	B. Bosshard (SP)	✓	S. Büchi (SVP) X
✓	C. Bozzi-Brunel (SP)	✓	G. Gisler-Burri (SVP) X
✓	A. Erismann (SP)	✓	M. Gross (SVP) X
✓	B. Helbling-Wehrli (SP)	✓	H.R. Hofer (SVP) X
✓	L. Jacot-Descombes (SP)	✓	D. Oswald (SVP) X
✓	R. Kappeler (SP)	✓	D. Pezzotta (SVP) X
✓	R. Keller (SP)	✓	M. Reinhard (SVP)
✓	F. Künzler (SP)	✓	P. Rütsche (SVP) X
✓	F. Landolt (SP)	✓	Th. Wolf (SVP) X
✓	S. Näf (SP)	✓	M. Wäckerlin (PP)
✓	P. Schoch (SP)		
✓	D. Siegmann (SP)	✓	U. Bänziger (FDP)
✓	M. Sorgo (SP)	✓	Y. Gruber (FDP)
✓	M. Steiner (SP)	✓	F. Helg (FDP)
✓	S. Stierli (SP)	✓	R. Heuberger (FDP)
✓	G. Stritt (SP)	✓	U. Hofer (FDP)
✓	B. Zäch (SP)	✓	Th. Leemann (FDP)
		✓	R. Perroulaz (FDP) X
✓	R. Diener (Grüne)	✓	A. Rellstab-Schneider (FDP)
✓	K. Frei Glowatz (Grüne)	✓	M. Wenger (FDP)
✓	Ch. Griesser (Grüne)		
✓	F. Heer (Grüne)	✓	M. Della Vedova (GLP)
✓	N. Wenger (Grüne)	✓	U. Glättli (GLP)
✓	K. Gander (AL)	✓	S. Gygax-Matter (GLP)
✓	R. Hugentobler (AL)	✓	S. Kocher (GLP)
		✓	M. Nater (GLP)
✓	M. Bänninger (EVP)	✓	A. Steiner (GLP)
✓	B. Huizinga-Kauer (EVP)	✓	M. Zehnder (GLP)
✓	F. Kramer-Schwob (EVP)		
✓	S. Müller (EVP)	✓	A. Geering (CVP)
		✓	I. Kuster (CVP)
		✓	A. Zuraikat (CVP)
		✓	Z. Dähler (EDU) X